

KLIENTEN-INFO

Ausgabe 6/2015

INHALT:

1. Vorschau 2016.....	1
2. Grundstückswertverordnung 2016 (GrWV 2015)	3
3. Umsatzsteuer- wichtige Neuerungen ab 1.1.2016	5
4. Abgabenänderungsgesetz 2015 – Regierungsvorlage	7
5. Splitter	9
6. Termin 31.12.2015	10

1. VORSCHAU 2016

Hier eine erste Vorschau auf die **wichtigsten SV-Werte** für das Jahr 2016. Aufgrund der Steuerreform 2015/16 erhöht sich die monatliche Höchstbeitragsgrundlage für 2016 zusätzlich zur „normalen“ jährlichen Aufwertung noch außerordentlich um **€ 90,00**. Die ausführliche Übersichtstabelle erscheint wie gewohnt in der 1. Ausgabe der „Steuer-Highlights“ des neuen Jahres 2016.

Höchstbeitragsgrundlage	monatlich	€ 4.860,00
Höchstbeitragsgrundlage Sonderzahlungen	jährlich	€ 9.720,00
Höchstbeitragsgrundlage freie DN ohne SZ, GSVG, BSVG	monatlich	€ 5.670,00
Geringfügigkeitsgrenze	täglich	€ 31,92
Geringfügigkeitsgrenze	monatlich	€ 415,72

Die **Auflösungsabgabe** bei DG-Kündigung oder einvernehmlicher Auflösung beträgt € 121,00 im Jahr 2016 (2015: € 118,00).

• Anhebung von Sachbezugswerten ab 2016

Mit 1.1.2016 kommen insbesondere für die **Privatnutzung** von arbeitgebereigenen **Kfz** neue Sachbezugswerte zur Anwendung.

Sachbezugswerte für Dienstautos

Sachbezug	Fahrzeugtyp	CO ₂ -Wert	max p.m.	Vorsteuerabzug
2%	alle PKW und Hybridfahrzeuge	über 130 g/km	€ 960,00	nein
1,5%	ökologische PKW und Hybridfahrzeuge	2016 (und früher): bis 130 g/km 2017: bis 127 g/km 2018: bis 124 g/km 2019: bis 121 g/km 2020: bis 118 g/km	€ 720,00	nein
0%	Elektroautos		€ 0,00	ja (ab 1.1.2016)

Sachbezugswert für Zinersparnis

Übersteigt der **Gehaltsvorschuss** oder das **Arbeitgeberdarlehen** insgesamt den Betrag von € 7.300, dann ist für den übersteigenden Betrag die Zinersparnis ab **1.1.2016 mit 1,0 %** als Sachbezug zu bewerten. Vom Arbeitnehmer bezahlte Zinsen werden in Abzug gebracht.

• Unterhaltsleistungen – Regelbedarfsätze für 2016

Ein **Unterhaltsabsetzbetrag von 29,20 €** (für das 2. Kind 43,80 € und für jedes weitere Kind 58,40 €) steht zu, wenn Unterhaltszahlungen an nicht haushaltszugehörige Kinder geleistet werden. Der Anspruch besteht nur, wenn sich die Kinder in einem EU-, EWR-Staat oder in der Schweiz aufhalten. Der Unterhaltsabsetzbetrag kann nur für jene Monate geltend gemacht werden, in denen der volle Unterhalt geleistet wurde. In Fällen, in denen keine **behördliche Festsetzung der Unterhaltsleistungen** vorliegt, müssen zumindest die Regelbedarfsätze bezahlt werden. Die monatlichen **Regelbedarfsätze** werden jährlich angepasst. Damit für steuerliche Belange unterjährig keine unterschiedlichen Beträge zu berücksichtigen sind, sind die nunmehr gültigen Regelbedarfsätze für das gesamte Kalenderjahr 2016 heranzuziehen.

Kindesalter	0-3 Jahre	3-6 Jahre	6-10 Jahre	10-15 Jahre	15-19 Jahre	19-28 Jahre
Regelbedarfsatz 2015	€ 197,00	€ 253,00	€ 326,00	€ 372,00	€ 439,00	€ 550,00
Regelbedarfsatz 2016	€ 199,00	€ 255,00	€ 329,00	€ 376,00	€ 443,00	€ 555,00

Liegt weder eine behördlich festgelegte Unterhaltsverpflichtung noch ein schriftlicher Vertrag vor, muss die empfangsberechtigte Person eine **Bestätigung** vorlegen, aus der das Ausmaß des **vereinbarten Unterhalts** und das Ausmaß des **tatsächlich bezahlten Unterhalts** hervorgehen. In allen Fällen steht der Unterhaltsabsetzbetrag nur dann für jeden Kalendermonat zu, wenn

- der vereinbarten Unterhaltsverpflichtung in vollem Ausmaß nachgekommen wurde und
- die von den Gerichten angewendeten sogenannten Regelbedarfsätze nicht unterschritten wurden.

• Familienbeihilfe

Die im Jahr 2014 beschlossene weitere **Erhöhung der Familienbeihilfe** tritt mit **1.1.2016** in die nächste Phase. Die Familienbeihilfe ab 1.1.2016 beträgt:

Familienbeihilfe für ein Kind		seit 1.7.2014	ab 1.1.2016	ab 1.1.2018
0-2 Jahre		109,70	111,80	114,00
3-9 Jahre		117,30	119,60	121,90
10-18 Jahre		136,20	138,80	141,50
ab 19 Jahre (bis max 24 Jahre)		158,90	162,00	165,10
Zuschlag bei Behinderung		150,00	152,90	155,90
Erhöhungsbeträge für jedes Kind, wenn die FBH für mehrere Kinder bezahlt wird:				
für 2 Kinder		6,70	6,90	7,10
für 3 Kinder		16,60	17,00	17,40
für 4 Kinder		25,50	26,00	26,50
für 5 Kinder		30,80	31,40	32,00
für 6 Kinder		34,30	35,00	35,70
für jedes weitere Kind		50,00	51,00	52,00
Schulstartgeld	€ 100 einmalig im September für alle 6-15 Jährigen			
Mehrkindzuschlag	€ 20 / Monat ab dem 3. Kind (Familieneinkommen unter € 55.000)			

2. GRUNDSTÜCKSWERTVERORDNUNG 2016 (GrWV 2015)

Bei Erstellung der "Steuer-Highlights" lag leider nur ein **Begutachtungsentwurf zur Grundstückswertverordnung 2016** (GrWV 2016) vor. Die Begutachtungsfrist lief bis 1.12.2015. Angesichts der Wichtigkeit der gegenständlichen Verordnung für die Entscheidung ob **Grundstücksübertragung im Familienverband** noch heuer oder erst im nächsten Jahr vorgenommen werden sollen, berichten wir diesmal bereits über den Verordnungsentwurf.

Im GrunderwerbsteuerG hat der Gesetzgeber **ab dem 1.1.2016 vorgesehen**, dass bei unentgeltlichen Übertragungen von Grundstücken im Familienverband oder im Rahmen von Umgründungen bzw bei Anteilsvereinigungen/-übertragungen der Grundstückswert anstelle des bisherigen dreifachen bzw zweifachen **Einheitswerts** als **Bemessungsgrundlage** für die **Grund-erwerbsteuer** anzusetzen ist.

Zur Ermittlung dieses Grundstückswerts gibt der Gesetzgeber **drei Möglichkeiten** vor:

- das pauschale Sachwertermittlungsverfahren oder
- die Wertermittlung anhand eines geeigneten Immobilienpreisspiegels oder
- der Nachweis des Verkehrswerts des Grundstücks durch ein Immobiliensachverständigen-gutachten.

In der vorliegenden GrWV 2016 werden die ersten beiden vorgenannten Möglichkeiten näher präzisiert.

2.1 Pauschales Sachwertermittlungsverfahren

Nach diesem Modell errechnet sich der (anteilige) **Grundstückswert** einer Immobilie als Summe des aufgrund der letzten **Einheitswertermittlung** errechneten (anteiligen) dreifachen Bodenwerts, multipliziert mit dem gemeindespezifischen Hochrechnungsfaktor lt Anlage zur GrWV 2016.

Beispiel: Liegenschaft in Villach 325 m², Bodenwert lt EHW-Bescheid per 1.1.1973 € 47.327,00 (ATS 650.000,00) x 3 = 141.711,00 x 2 (Hochrechnungsfaktor für Villach lt Anhang zur GrWV 2016) = € 283.424,00

Der (anteilige) **Wert des Gebäudes** errechnet sich aus der **Nutzfläche** multipliziert mit dem **Baukostenfaktor** und vermindert um die Bauweise-/Nutzungsminderung sowie die Altersminderung. Ist die Nutzfläche nicht bekannt, ist die um **30 % gekürzte** (anteilige) Bruttogrundfläche heranzuziehen.

Die **Baukostenfaktoren** (BKF) werden in der Verordnung je Bundesland und je m² Nutzfläche festgelegt. Sie ermitteln sich aus den **Baukosten des Jahres 2001**, welche um den **Baukostenindex des Jahres 2014** aufgewertet werden. Von diesen aufgewerteten Baukosten sieht die Verordnung einen Abschlag von **30 %** als Bebauungsabschlag vor. Danach ergeben sich folgende Baukostenfaktoren je Bundesland:

in €	Bgld	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tirol	VLbg	Wien
BKF	1.350	1.380	1.400	1.460	1.640	1.390	1.460	1.780	1.560

Die sich aufgrund der Multiplikation von Nutzfläche und Baukostenfaktoren ermittelten **Neuherstellungskosten** des Gebäudes sollen je nach Nutzungsart gemindert werden. Bei normalen Wohngebäuden kommt **keine Minderung** zum Ansatz. Bei Gebäuden, die der gewerblichen Beherbergung dienen sollen, nur **71,25 %**, bei Fabriks- und Werkstatteengebäuden nur **60 %** und bei einfachsten Bauten wie zB Glashäuser, Ställe, frei stehende Garagen etc sollen nur **40 %** der Neuherstellungskosten angesetzt werden.

Der **Gebäudewert** ist nach Abzug einer **Altersminderung** wie folgt anzusetzen:

- 100 % bei Sanierung oder Fertigstellung innerhalb der letzten 20 Jahre vor dem Erwerbszeitpunkt
- 65 % bei Fertigstellung innerhalb der letzten 40 bis 20 Jahre vor dem Erwerbszeitpunkt
- 30 % bei Fertigstellung vor mehr als 40 Jahren vor dem Erwerbszeitpunkt

Für **einfachste Bauten** gelten **kürzere Fertigstellungszeitpunkte**. Eine **Sanierung** eines Gebäudes liegt dann vor, wenn innerhalb der letzten 20 Jahre mindestens zwei der folgenden vier **Maßnahmen** umgesetzt wurden:

- Austausch von Dach oder Dachstuhl
- Erneuerung des Außenverputzes mit Erneuerung der Wärmedämmung
- Erstmaliger Einbau oder Austausch von Heizungsanlage sowie Feuerungseinrichtungen
- Austausch von Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallationen

2.2 Wertermittlung anhand des Immobilienpreisspiegels

Für die **Wertermittlung im Jahr 2016** ist zwingend der **Immobilienpreisspiegel** der Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, heranzuziehen. Dabei sind **71,25 %** des anhand des Immobilienpreisspiegels ermittelten Werts als **Grundstückswert** heranzuziehen. Ab dem Jahr 2017 ist der zuletzt von der Statistik Österreich veröffentlichte Immobilienpreisspiegel zu verwenden. Auch hier wird der Grundstückswert mit **71,25 %** des ermittelten Werts angesetzt. Der **Immobilienpreisspiegel** darf natürlich nur für Immobilien herangezogen werden, die darin enthalten sind (zB gibt es im Immobilienpreisspiegel keine Werte für **Zinshäuser**; die im Immobilienpreisspiegel enthaltenen Werte für **Einfamilienhäuser** berücksichtigen nur ein ortsüblich großes **Grundstück** und bei einem „sehr guten Wohn-

wert" ca **200 m² Wohnfläche**).

Beispiel:

Abschließend sollen an Hand eines konkreten Beispiels Wertrelationen aufgezeigt werden.
Eigentumswohnung in 1090 Wien, fertiggestellt 2008:

Berechnung pauschaler Sachwert:

Grundwert: anteilige Grundfläche 50 m² x dreifacher Bodenwert lt EHW-Bescheid
von € 218,02 x Hochrechnungsfaktor für den 9. Bezirk von 7,5 = € 81.758,70
Gebäudewert: Nutzfläche 100 m² x Baukostenfaktor für Wien von € 1.560 = € 156.000,00
Grundstückswert € 237.758,70

Berechnung lt Immobilienpreisspiegel 2015:

100 m² à € 3.353,30 (9. Bez., gute Wohnlage, sehr guter Wohnwert) = € 335.330
davon 71,25 % € 238.923,00

Bisheriger dreifacher Einheitswert rd € 63.000,00
Kaufpreis im Jahr 2008 € 330.000,00

3. UMSATZSTEUER- WICHTIGE NEUERUNGEN AB 1.1.2016

3.1 Neuer 13%-iger Umsatzsteuersatz

Mit der Steuerreform 2015/16 werden **gewisse Lieferungen, sonstige Leistungen und Einfuhren**, die dem ermäßigten Steuersatz von bisher **10%** unterlagen, **mit 13% besteuert**. Ebenfalls darunter fallen die bisher dem ermäßigten Steuersatz von **12%** unterliegenden **Ab-Hof-Verkäufe** und die bisher dem **20%-igen Steuersatz** unterliegenden **Eintrittskarten für Sportveranstaltungen**. Im folgenden eine Übersicht der ab 1.1.2016 geltenden **USt-Sätze**:

10%-iger USt-Satz	13%-iger USt Satz
Lieferungen und Einfuhr der in Anlage 1 aufgezählten Gegenstände (zB Lebensmittel, Wasser, Milcherzeugnisse, Bücher, Zeitungen und Arzneimittel)	Lieferungen und Einfuhr der in Anlage 2 Z 1 - 9 genannten Gegenstände (zB Tiere und Pflanzen, Brennholz)
Restaurantsumsätze mit (in Anlage 1 genannten) Lebensmitteln, Wasser, Milcherzeugnissen	Einfuhr der in Anlage 2 Z 10-13 aufgezählten Gegenstände (zB Kunstgegenstände, Briefmarken, Sammlungen und Antiquitäten)
Vermietung von in Anlage 1 Z 33 aufgezählten Gegenständen (zB Bücher, Zeitungen)	Lieferung von Kunstgegenständen
Verabreichung eines ortsüblichen Frühstücks in Zusammenhang mit Beherbergung	Aufzucht, Mästen und Halten von Tieren
Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Grundstücken für Wohnzwecke	Beherbergung in eingerichteten Wohn- und Schlafräumen (ab 5/2016)
Leistungen zur Erhaltung und Verwaltung von Wohnungseigentumsgemeinschaften	Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Grundstücken für Campingzwecke (ab 5/2016)

Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen
Leistungen der Rundfunkunternehmen
Müllbeseitigung
Personenbeförderung mit Verkehrsmitteln aller Art (zB Bahn, Bus, Taxi)
10%-iger USt-Satz
Kranken- und Pflegeanstalten, Alters-, Blinden- und Siechenheime, Kuranstalten

Künstler
Schwimmbäder
Filmvorführungen
Theater (ab 5/2016)
Musik- und Gesangsaufführungen (ab 5/2016)
13%-iger USt Satz
Museen, botanische und zoologische Gärten, Naturparks (ab 5/2016)
Zirkusvorführungen und Schausteller
Personenbeförderung mit Luftverkehrsfahrzeugen im Inland
Jugend-, Erziehungs-, Ausbildungs-, Fortbildungs- und Erholungsheime
Ab-Hof-Verkauf von Wein
Eintrittskarten für sportliche Veranstaltungen

3.2 Belegerteilungs- und Registrierkassenpflicht

Mit der Steuerreform 2015/16 wurde ein Maßnahmenpaket zur **Betrugsbekämpfung** geschnürt, das eine **Einzelaufzeichnungspflicht**, **Belegerteilungs-** und **Belegannahmepflicht** und eine **Registrierkassenpflicht** umfasst. Im Vorfeld dazu ergab sich eine Vielzahl von Zweifelsfragen, die mit einem Erlass seitens des BMF versucht wurde zu klären. Darin getroffene Feststellungen zeigen durchaus einen praxisorientierten Zugang, entsprechen aber nicht immer der rechtlichen Basis, weshalb nur **bedingt Rechtssicherheit** besteht.

Zur Erinnerung nochmals folgende **wichtige Aussagen**:

- als Registrierkasse gilt jedes elektronische Aufzeichnungssystem
- als Barzahlung gelten neben Bargeld auch die Zahlung mittels Bankomat-/Kreditkarte, andere elektronische Zahlungsformen, Barschecks, Gutscheine, Bons, Geschenkmünzen

Die **technische Sicherheitseinrichtung** der Registrierkasse, mit der jeder Barumsatz mit einer **kryptografischen Signatur** versehen wird, tritt erst **2017** in Kraft.

Übrigens: Ein Blick über die Grenze nach **Ungarn** zeigt, dass für in Ungarn registrierte Unternehmen bereits **ab 1.1.2016** neue Anforderungen an die Rechnungsausstellung eingeführt werden. Das Fakturierungsprogramm muss über eine selbständige, in das Programm eingebaute Funktion „**Datenübermittlung zur steuerbehördlichen Kontrolle**“ verfügen.

4. ABGABENÄNDERUNGSGESETZ 2015 – REGIERUNGSVORLAGE

Vor wenigen Tagen wurde die **Regierungsvorlage zum Abgabenänderungsgesetz** (AbgÄG 2015) veröffentlicht. Im Folgenden sollen die wichtigsten geplanten Änderungen dargestellt werden. Die endgültige Gesetzwerdung bleibt abzuwarten. Die meisten Bestimmungen treten **mit 1.1.2016** in Kraft.

4.1 Einkommensteuer

Einkünftezurechnung

Entsprechend der bisherigen Verwaltungspraxis soll nunmehr ausdrücklich gesetzlich geregelt werden, dass bei bestimmten taxativ umschriebenen **höchstpersönlichen Tätigkeiten** - trotz **Zwischenschaltung einer Kapitalgesellschaft** - die erzielten Einkünfte unmittelbar jener natürlichen Person zugerechnet werden, die diese **Leistungen erbringt**. Höchstpersönlich tätig werden die **organschaftlichen Vertreter** einer Körperschaft (wie zB Vorstand einer AG, Geschäftsführer einer GmbH), Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler, Sportler oder Vortragende.

Die Zurechnung der Einkünfte an die **leistungserbringende natürliche Person** soll allerdings nur dann vorgenommen werden, wenn es sich um eine **Körperschaft** handelt, die unter dem **Einfluss der leistungserbringenden natürlichen Person** steht und über **keinen eigenständigen Betrieb** verfügt, der sich von dieser Tätigkeit abhebt.

Gewinnausschüttung – Einlagenrückzahlung

Mit dem SteuerreformG 2015/2016 wurde das **Einlagenrückzahlungskonzept** geändert. Diese Regelung soll nun dahin gehend adaptiert werden, dass das **Primat der Gewinnausschüttung** aufgegeben und die **Rechtslage** vor dem StRefG 2015/2016 weitgehend wieder hergestellt werden soll. Dabei soll wiederum ein **gesetzliches Wahlrecht** verankert werden, wonach eine offene Ausschüttung eines **unternehmensrechtlichen Bilanzgewinnes** steuerlich entweder als **Einlagenrückzahlung** oder als **Gewinnausschüttung** behandelt werden kann.

Unverändert zum SteuerreformG 2015/2016 soll aber Voraussetzung für Einlagenrückzahlungen ein **positiver Einlagenstand** und für Gewinnausschüttungen eine **positive Innenfinanzierung** sein.

Die mit dem SteuerreformG 2015/2016 eingeführte **Evidenzierung von umgründungsbedingten Differenzbeträgen** soll hingegen entfallen, weil unerwünschte Gestaltungen iZm Umgründungen künftig über eine Neuregelung der **unternehmensrechtlichen Ausschüttungssperre** gem § 235 UGB verhindert werden sollen. Die Ausschüttungsbeschränkung soll auf alle im Bilanzgewinn **enthaltenen Gewinnanteile** ausgedehnt werden, die sich bei einer übernehmenden Kapitalgesellschaft vor allem bei Umgründungen durch die **Bewertung des Vermögens** mit dem beizulegenden Wert ergeben. Diese Ausschüttungssperre soll bereits auf **nach dem 31.5.2015** beschlossene Umgründungen mit Wirkung **ab dem 1.1.2016** anzuwenden sein.

Für Einlagenrückzahlungen und offene Ausschüttungen, die nach dem 31.12.2015 beschlossen werden, soll die Rechtslage nach dem AbgÄG 2015 wirksam werden.

Wegzugsbesteuerung

Wird Österreich die Möglichkeit zur Besteuerung von **stillen Reserven** von (privaten oder betrieblichen) Wirtschaftsgütern durch „**Wegzug**“ (sei es durch Wohnsitzverlegung, unentgeltliche Übertrag an einen ausländischen Steuerpflichtigen, Überführung in eine ausländische Betriebsstätte) entzogen, müssen diese stillen Reserven **versteuert** werden. Erfolgt aber der Wegzug in einen **EU/EWR-Staat** mit umfassender **Amts- und Vollstreckungshilfe**, unterbleibt derzeit auf Antrag eine Besteuerung (sogenanntes **Nichtfestsetzungskonzept**). Nach einer 10-jährigen Wartefrist kann dann nach jetziger Gesetzeslage wegen der **absoluten Verjährungsfrist** die bisher nicht festgesetzte **Steuer** nicht mehr vorgeschrieben werden.

Diese sogenannte „**Wegzugsbesteuerung**“ soll nunmehr wie folgt neu geregelt werden:

Im **betrieblichen Bereich** soll dabei ein generelles **Entstrickungskonzept** vorgesehen werden und das bisherige **Nichtfestsetzungskonzept** im Verhältnis zu EU/EWR-Staaten mit umfassender **Amts- und Vollstreckungshilfe** durch ein **Ratenzahlungskonzept** ersetzt werden. In diesen Fällen hat der Steuerpflichtige künftig die Möglichkeit, die **Steuerschuld für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens** gleichmäßig über einen Zeitraum von **sieben Jahren** und für **Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens** über einen Zeitraum von **zwei Jahren** zu entrichten. Kapitalgesellschaften sollen aber **Verlustvorträge zu 100 %** mit diesen aufgedeckten stillen Reserven verrechnen können.

Im **außerbetrieblichen Bereich** soll das bisherige **Nichtfestsetzungskonzept** beibehalten werden, wenn es um den **tatsächlichen Wegzug einer natürlichen Person** in einen EU/EWR-Staat mit umfassender **Amts- und Vollstreckungshilfe** bzw um die **unentgeltliche Übertragung** an andere natürliche Personen mit Ansässigkeit in einem solchen Staat geht.

Obwohl in diesen Fällen das Nichtfestsetzungskonzept beibehalten wird, ist dennoch eine **grundlegende Änderung** der derzeitigen Folgewirkungen geplant. Durch eine Änderung der BAO soll nämlich im Falle der Nichtfestsetzung die **absolute 10-jährige Verjährungsfrist** durchbrochen werden. Die absolute Verjährungsfrist soll erst dann zu laufen beginnen, wenn ein Ereignis eintritt, dass zur **Festsetzung der Steuer** führt. Ein solches Ereignis kann zB darin bestehen, dass ein weiterer Umzug in einen NICHT-EU/EWR-Staat erfolgt oder das „**steuerhängige**“ **Vermögen** veräußert wird. Diese Regelung soll **rückwirkend für alle „Wegzüge“** nach dem **31.12.2005** gelten.

In allen anderen Fällen, in denen es beim Kapitalvermögen zu einer **Einschränkung des Besteuerungsrechts** der Republik Österreich im Verhältnis zu EU/EWR-Staaten mit umfassender **Amts- und Vollstreckungshilfe** kommt (zB die Übertragung von Kapitalvermögen an eine liechtensteinische Stiftung), soll künftig ebenfalls sinngemäß das bereits für **betriebliche Entstrickungsfälle** vorgesehene **Ratenzahlungskonzept** zur Anwendung kommen.

4.2 Körperschaftsteuer

Zuwendungen an ausländische Begünstigte

Die Regierungsvorlage sieht vor, dass eine **Besteuerung mit Zwischensteuer** insoweit unterbleibt bzw diese insoweit gutgeschrieben wird, als Zuwendungen endgültig mit **Kapitalertragsteuer** belastet sind. Damit soll sichergestellt werden, dass bei einer nur **teilweisen KEST-Entlastung** der Zuwendung durch ein DBA die **Zwischensteuer** ebenfalls teilweise **reduziert** wird. Bei Auflösung der Privatstiftung soll es hingegen nicht mehr wie bisher zu einer gänzlichen Gutschrift der

Zwischensteuer kommen, sondern ebenfalls nur mehr insoweit die **Letztzuwendungen** mit **Kapitalertragsteuer** belastet sind. Zusätzlich soll noch der Stand des **Zwischensteuerkontos** (dh die theoretisch mögliche Gutschrift an Zwischensteuer) als **zusätzliche Letztzuwendung** angesetzt werden. Die Neuregelung soll mit **1.1.2016** in Kraft treten und auf alle offenen Verfahren anzuwenden sein. Wird eine **Privatstiftung aufgelöst**, soll die Neufassung für die Letztzuwendung erst gelten, wenn die **Auflösung nach dem 31.12.2005** im Firmenbuch eingetragen wird.

Ob mit dieser geplanten Neuregelung der Rechtsprechung des EuGH Rechnung getragen wird, bleibt abzuwarten.

4.3 Umgründungen

Kommt es im Zuge von nach dem 31.12.2015 beschlossenen Umgründungen zu einer **Einschränkung des österreichischen Besteuerungsrechtes** gegenüber EU/EWR-Staaten, soll es künftig ebenfalls nur mehr die Möglichkeit geben, die festgesetzte Steuer auf **Antrag in Raten über 7 Jahre** zu bezahlen.

Weiters soll gesetzlich klargestellt werden, dass **Wartetastenverluste** aus kapitalistischen Mitunternehmerbeteiligungen bei Umgründungen auf die **Körperschaft übertragen** werden und dort ebenfalls nur **gegen Gewinne** aus derselben **Beteiligung** verrechnet werden können.

5. SPLITTER

- **Schenkungsmeldungen**

Wird eine **Immobilie** unter **Zurückbehaltung des Wohnrechtes** geschenkt, hat **keine Schenkungsmeldung** für das Wohnrecht zu erfolgen. Wird das **Wohnrecht einem Dritten** unentgeltlich weiter übertragen, ist **eine Schenkungsmeldung** zu erstatten, wenn die **Freigrenzen überschritten** werden.

Wird ein **Geldbetrag zum Ankauf** einer **Immobilie** geschenkt, liegt eine **mittelbare Grundstücks-schenkung** vor, für die **keine Schenkungsmeldung** abzugeben ist. Kommt der Wohnungskauf nicht zustande und soll das Geld für einen späteren Kauf verwendet werden, ist **nachträglich eine Schenkungsmeldung** zu machen.

- **Jubiläumsgeldrückstellung: Achtung bei der Berechnung zum 31.12.2015**

Bei der Berechnung der **Jubiläumsgeldrückstellung** werden künftige Ansprüche der Mitarbeiter auf **Jubiläumsgeld inklusive Lohnnebenkosten** abgegrenzt. Durch die Steuerreform 2015/2016 ist im Rahmen der Harmonisierung von Lohnsteuer und Sozialversicherung die **SV-Befreiung für Jubiläumsgeldzahlungen entfallen**. Diese unterliegen daher **ab 1. Jänner 2016** als **Sonderzahlung der Sozialversicherung**. Daher sind für die Berechnung der Jubiläumsgeldrückstellung jedenfalls bereits zum **31. Dezember 2015** zusätzlich **Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung** (ab 2016 einheitlich für Arbeiter und Angestellte: 20,98%) sowie Beiträge zur **betrieblichen Vorsorgekasse** (sofern Mitarbeiter der Abfertigung Neu unterliegen) zu berücksichtigen. Während die **Lohnnebenkosten** (Dienstgeberbeitrag, Zuschlag zum DB, Kom-

munalsteuer und BVK-Beiträge) von rd **9,5%** vom vollen **Anspruchsbetrag** zu ermitteln sind, sind die Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung mit der **Höchstbeitragsgrundlage** für Sonderzahlungen **von € 9.720,00** (voraussichtlicher Wert für 2016) gedeckelt.

- **Gemeinnützigkeitsgesetz 2015**

Am 24.11.2015 hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft das **Gemeinnützigkeitsgesetz 2015** als Regierungsvorlage dem Parlament zugeleitet. Aus steuerlicher Sicht betreffen die **Änderungen** ua eine **Erweiterung bei der Abzugsfähigkeit von Spenden** sowie eine **Befreiung von der Grunderwerb- und Stiftungseinkommensteuer**. Die endgültige Gesetzgebung bleibt abzuwarten. Das Inkrafttreten ist mit dem **1.1.2016** vorgesehen.

- **Steuerliche Zuschreibungspflicht für Wirtschaftsgüter ab 2016**

Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014 (RÄG 2014) wurde die bisherige Regelung, wonach eine **Zuschreibung** dann **unterbleiben** konnte, wenn der **jeweilige Wertansatz** im Steuerrecht beibehalten werden durfte, **gestrichen**. Diese Regelung ist – wie die sonstigen Bestimmungen des RÄG – für Wirtschaftsjahre, die **ab 1.1.2016** beginnen, anzuwenden.

Dieses **Zuschreibungsgebot** ist auch für **steuerliche Zwecke** maßgebend. Unterlassene Zuschreibungen sind daher in Geschäftsjahren ab 1.1.2016 **nachzuholen**. Der nachgeholte Zuschreibungsbetrag kann auf **Antrag einer steuerlichen Zuschreibungsrücklage** zugeführt werden, die spätestens bei **Ausscheiden des Wirtschaftsgutes** mit steuerlicher Wirkung gewinnerhöhend aufzulösen ist. Aus praktischer Sicht ist es daher von großer Bedeutung, rechtzeitig festzustellen, wie hoch **der Betrag an unterlassener Zuschreibung** ist. Tritt nämlich die **Werterholung** erst in einem Geschäftsjahr ab dem 1.1.2016 ein, wäre der Zuschreibungsbetrag **sofort voll steuerpflichtig**. Da nach alter Rechtslage (vor RÄG 2014) im Anhang der Betrag der aus steuerrechtlichen Gründen unterlassenen Zuschreibung anzugeben ist, ist dieser Position beim letzten Jahresabschluss, auf den das RÄG noch nicht anzuwenden ist (im Normalfall der 31.12.2015), große Aufmerksamkeit zu schenken.

6. TERMIN 31.12.2015

- **SVA: Überschreitungserklärung bis zum 31.12.2015 abgeben**

Neue Selbständige sind in der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft **pfllichtversichert**, wenn ihre Einkünfte im **Jahr 2015 € 4.871,76 bzw € 6.453,36** (ohne andere Einkünfte im selben Jahr) **überschreiten**. Die Überprüfung seitens des Sozialversicherungsträgers kann erst nach Übermittlung des **Einkommensteuerbescheides** erfolgen. Im Falle der **Überschreitung der Grenzen**, sind die Beiträge **nachzuzahlen**. Zusätzlich werden **Strafzuschläge von 9,3%** der nachzuzahlenden Beträge vorgeschrieben. Diese können vermieden werden, wenn das Überschreiten der Grenzen **noch im Jahr 2015 gemeldet** wird.

Übrigens: ab 2016 wird es dafür **Erleichterungen** geben. Zum einen entfällt die **große Versicherungsgrenze** und zum anderen wird **kein Beitragszuschlag** verhängt, wenn die Meldung

innerhalb von **8 Wochen ab Ausstellung** des maßgeblichen **Einkommensteuerbescheides** erfolgt.

- **Rückerstattung von Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherungsbeiträgen 2012 bei Mehrfachversicherung**

Der Rückerstattungsantrag für die Pensionsversicherungsbeiträge ist an **keine Frist** gebunden und erfolgt **ohne Antrag** automatisch bei Pensionsantritt.

- **Arbeitnehmerveranlagung 2010**

Wer zwecks Geltendmachung von **Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnlichen Belastungen** eine Arbeitnehmerveranlagung beantragen will, hat dafür **fünf Jahre** Zeit. Bis zum 31.12.2015 kann daher eine Arbeitnehmerveranlagung für das Jahr 2010 noch eingereicht werden.

- **Ankauf von Wohnbauanleihen für optimale Ausnutzung des GFB 2015**

Sollten Sie noch nicht ausreichend **Investitionen** getätigt haben, so ist es am einfachsten, die für den **investitionsbedingten Gewinnfreibetrag** (GFB) erforderliche Investitionsdeckung bei Gewinnen über € 30.000 durch den **Kauf von Wohnbauanleihen** zu erfüllen. Da es für Gewinne über € 580.000 gar keinen GFB mehr gibt, beträgt die maximale **Investitionssumme € 41.450**. Bis zum Ultimo sollten die Wohnbauanleihen auf ihrem Depot verfügbar sein!